

Die „Weltmacht“
erscheint täglich Montag ausser
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graubodenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Kolportage zu haben.
Preis vierteljährlich 75 Pf., halbjährlich
1.20, jährlich 2.40.
Postzeitungsliste Nr. 7798.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Beilagengebühren
Beträgt für die einseitige
Beilage oder deren Raum
20 Pfennige, für Beilagen und
Veranstaltungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Aufträge für die nächste Nummer
müssen bis Mittwoch 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 34.

Freitag, den 9. Februar 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Flottenvorlage vor dem Reichstage.

Im Reichstage gab es nach verhältnismäßig kurzer Pause mal wieder einen „großen Tag“. Die erste Lesung der Flottenvorlage hat begonnen. Die erste Lesung — aber nicht die erste Beratung. Denn das Gespenst ist schon lange umgegangen in den Hallen des prächtigen Hauses am Königsplatz. Wir glauben eher zu niedrig, als zu hoch zu greifen, wenn wir behaupten, daß zwei Drittel der Zeit, die auf die erste Lesung des Etats verwandt wurde, von der Besprechung der damals erst in ihren großen Umrissen bekannten Flottenvorlage abgelaufen wurde.

Somit sind Tribünen, die schon bei der pikanten lex Heinze gut besetzt waren, erfreuten sich heute eines noch stärkeren Besuchs, obgleich derselbe nicht so stark war, denn vor einigen Wochen, als die Interpellation Müller einen interessanten Zwischenakt im Einerlei der zweiten Staatsberatung bildete. Wissenschaft waren Disziplinen aller Waffengattungen, in erster Linie natürlich Marineoffiziere, erschienen, außerdem war — ein großer photographischer Apparat in der für die Abgeordneten reservierten Tribüne aufgestellt, um Momentbilder aus der Sitzung aufzunehmen. Uebrigens verschwand der Apparat alsbald; man scheint ihn an maßgebender Stelle mit der „Würde des Hauses“ für unvereinbar erachtet zu haben. Fast ebenso sehr, wie der photographische Apparat, fiel die Anwesenheit des — Abg. Ahlwardt auf, der sich sonst im Reichstage außerordentlich selten sehen läßt. Die Parteiführer waren natürlich fast alle erschienen — nur der langjährige Führer der zahlreichsten Partei des Hauses fehlte; der Abgeordnete Dr. Lieber liegt zum Tode erkrankt nieder. Nach menschlichem Ermessen sind seine Tage gezählt: vielleicht meint es das Schicksal gut mit ihm, wenn es ihn in diesem Augenblicke von der Schaubühne verschwinden läßt. Die Ruhhandelspolitik, die unter Herrn Liebers Leitung mehr und mehr jede prinzipielle Haltung bei der Zentrumsparthei verdrängte, diese Politik hat gewiß eine Fülle von Augenblickserfolgen der ultramontanen Partei eingetragen, sie hat das Zentrum zur „ausgeschlagenden Partei“ und Katholik zum Trumpf gemacht: aber sie hat auch den Reim des Zerfalls und damit auch des Falles in den „Zentrumsturm“ gepflanzt. Die Katastrophe wird erfolgen und muß erfolgen; ihr Eintreten ist nur noch eine Frage der Zeit; vielleicht ist sie näher als man denkt. — Während Lieber im Sterben liegt, ist Herr Gasse von den Toten auferstanden und erfreut sich der „Weltmacht“ politisch, die er auszufüllen mit geholfen und die so herrlich in's Kraut geschossen ist. Wir fürchten, der Regenjammer wird bei dem Leipziger Herrn Professor nicht ausbleiben, just so wenig, als bei seinen Berliner Kollegen, den „Kathederjuristen“, die mit ihren alten Gegnern, den Stumm'schen und Krupp'schen um die Wette in Flottenschwärmerei machen, die ganz zu „Kathedermarinisten“ geworden sind, wie mit einer glücklichen Wortprägung der Zentrumsdemokrat Schäbler in seiner heutigen Rede sich ausdrückt.

Begründet wurde die Vorlage programmgemäß von Herrn Tirpitz, der mit seinen Kollegen Bülow, Thielmann, Götter erschienen war; auch Posadowsky saß auf der Ministerbank, was einige Verwunderung erregte, da just mit seinem Ressort die Vorlage am allerwenigsten zu

thun hat. Dagegen war Onkel Schlobwig Hohenlohe durch ein höfliches Zwedessen am Erscheinen verhindert. — Die Rede des Herrn Tirpitz war ein sprechender Beweis dafür, daß der Admiralsstabs nicht genügt, seinen Träger auch nur mit annähernd demokratischer Verehrlichkeit auszustatten. Mühsam entzogen sich die Sätze dem Gehege der Pöbel, minutenlange Pausen — ob Natur- oder Kunstpausen ließ sich nicht entscheiden — trennten die einzelnen Absätze; es war geradezu eine Marter für alle Anwesenden, diese Rede anhören zu müssen, und man versteht und verzeiht es, wenn die Rechte einige Male Bravo! rief, weil eine Pause, etwas länger als die anderen, den — wie sich zum Schreden des Hauses herausstellte, falschen — Glauben erweckte, der Staatssekretär sei am Ende seiner Ausführungen angelangt. Neues enthielten dieselben nicht, aber absolut nicht; nähere Auseinandersetzungen behielt er sich für die Budgetkommission vor; eigentlich war das Interessanteste der ganzen Rede der negative Umstand, daß er über die Deckungsfrage jede Auskunft verweigerte und jede Verantwortung für dieselbe freundschaftlich seinem Kollegen vom Reichschatzamt zuschob. Der Beifall, den die Rechte nun einmal nach alter Gewohnheit spendete, war recht schwach; ironisch stimmte die Linke in denselben ein. — Als oratorische Leistung stand die nunmehr folgende Rede des süddeutschen Zentrumsführers Schäbler hoch über der Rede — wenn man anders sie so nennen darf — des Herrn Staatssekretärs. Es wurde sehr bemerkt, daß das Zentrum gerade Herrn Schäbler vorschickte, der gegen das Flottengesetz von 1898 gestimmt hat; auf alle Fälle drückte sich der derbe Bayer viel kräftiger aus, als es etwa Herr Lieber geihan haben würde. Herr Schäbler leistete sich sehr kräftige Anspielungen nach oben; er geistelte mit großer Schärfe das interessierte byzantinische Treiben mancher Kreise, welche die Flottenbegeisterung in Baar umzumünzen eifrig bemüht sind; er wehrte sich mit großem Pathos dagegen, daß wieder die schwachen Schultern belastet werden. Aber was hilft das Alles? Was hilft es selbst, daß Schäbler rund und nett erklärte: „in dieser Form und in diesem Umfange ist das Gesetz für uns unannehmbar.“ Zu oft haben wir die Unzuverlässigkeit der Zentrumsparthei erlebt, die im letzten Jahrzehnt in der edlen Kunst des Umfallens den früher auf diesem Gebiete als unerreichte Meister dastehenden Nationalliberalen mehr als erfolgreiche Konkurrenz gemacht hat. Die Brücke, über die das Zentrum seinen Rückzug antreten kann, — und vermutlich auch antreten wird — schlug Herr Schäbler, der unentwegte Demokrat, selbst, indem er Kommissionsberatung beantragte. Der Standpunkt, den die sozialdemokratische Fraktion gegenüber der Vorlage einnimmt, vertrat mit Geißard Genosse Frohme. Nach einem historischen Ueberblick über die rapide Umwandlung, die sich in Marinefragen im Wandel der Zeiten in den maßgebenden Regionen vollzogen hat, nach einer kräftigen Geißelung der byzantinischen Gefellen, die wie die Tintenkulis vom „kleinen Journal“ (der Lieblingslektüre des Berliner Hofes) in Marinegeschwärmerei sich ergeben, seitdem der Wind von oben aus Megira Hallen weht, nach einer gründlichen Zerzäusung der Redensarten von den „starken Schultern“, mit denen ein Theil der Marinegeschwärmer sein ökonomisches Gewissen zu betäuben sucht, erklärte er, daß unsere Partei aus konstitutionellen wie aus kulturellen Gründen einer Vorlage die Zustimmung verweigere, die das Budgetrecht des Reichs-

tage in einem wichtigen Punkte vernichten, die Massen des Volkes aufs Neue und Schwerste belasten und einer kulturell feindlichen, chauvinistischen Weltmachtpolitik die Wege bahnen müsse.

War in Frohme ein unbedingter und in Schäbler ein bedingter Gegner zu Worte gekommen, so trat in dem Konversations v. Levetzow ein bedingter und in dem Nationalliberalen Baffermann ein unbedingter Anhänger der Vorlage in die Schranken. Herr v. Levetzow sprach sehr kühl; doch diese Kühle scheint mehr der Rücksichtnahme auf seine agrarischen, bekanntlich innerlich sehr flottenunfreundlichen Gefährten, als dem eigenen, der Marine freundlich entgegenstehenden Herzen zu entspringen: denn trotz aller Verlautbarungen empfahl er die Vorlage. Ueber die Deckungsfrage wollte er sich gar nicht äußern, erklärte er unter stürmischer Heiterkeit der Linken und des Zentrums. Hatte Herr v. Levetzow kühl und kurz gesprochen, so sprach Herr Baffermann lang und warm; natürlich ist er unbedingter Flottenanhänger; über die Deckungsfrage erging er mit einigen allgemeinen Redensarten weg. Seine — vielleicht nicht so unrichtige — Behauptung, daß in der freisinnigen Volkspartei Flottenanhänger existieren, trug ihm den Zwischenruf Eugen Richters „Foyer-Ratsch“ ein. Wir werden ja sehen. — Nachdem noch in sehr unbesonnenen Ausdrücken, die mehrfach stürmische Heiterkeit des Hauses erregten und ihm auch einen Ordnungsruf des Präsidenten eintrugen, der bayerische Bauernbündler Hilpert sich gegen die Vorlage erklärt hatte, wurde um 5 1/2 Uhr die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Die Frist für den Ruhhandel?

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt mit landesüblicher vorsichtiger Zentrumsdiplomatie: „Die Entscheidung über die Flottenvorlage wird wohl so bald noch nicht fallen. Die am Donnerstag beginnende erste Beratung wird sicher drei Tage dauern. Dann geht die Vorlage an die Budgetkommission. Diese hat einwachen noch wochenlang an dem Etat zu thun. Erst wenn dieser durchberathen ist, kommt die Flottenvorlage an die Reihe, und damit wird es nicht im Handumdrehen gehen. Selbst wenn, was nicht wahrscheinlich ist, die Flottenverstärkung ohne große Schwierigkeiten Zustimmung finden sollte, so wird die Deckungsfrage, von der die Vorlage kein Wort sagt, um so größere Schwierigkeiten machen. An Vorschlägen fehlt es ja schon nicht mehr: Reichseinkommensteuer, Reichserbschaftsteuer, Wein-, Bier-, Branntwein-, Tabaksteuer, Zuschläge zur Börsensteuer u. s. w. Keiner von diesen Vorschlägen ist selbstverständlich bis jetzt einer näheren Prüfung unterzogen worden. Die meisten sind von vornherein unannehmbar oder aussichtslos.“

Die Marineprofessoren

finden beim Leiborgan Stumm's für ihr opferwilliges Eintreten für die Flotte schwärzesten Dank. Die „Post“ jabelt über den „Mißerfolg der Katheder-Sozialisten“ in den sozialdemokratischen Berliner Versammlungen. Prof. Schmoller habe zwar nach dem Grundgesetz gehandelt, daß die Vorlage der bessere Theil der Tagesfeier sei, und sich deshalb von den sozialdemokratischen Versammlungen fern gehalten. Aber Prof. Wagner, Delbrück und andere Gesinnungsgenossen hätten überall glänzend Fiasko gemacht, selbst Prof. Sombart, dieses enfant

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

Deutsch von Kurt Baake.

111) „Der Kaiser schert mich gar nichts!“ wiederholte Fräulein Hermine Billecoq mit konsterniertem Gesicht.

„Begreifen Sie nun meine Angst?“ fuhr die frühere Zimmervermieterin fort. „Ich habe es Ihnen ja gesagt, Niemand im ganzen Lande würde sich darüber wundern, wenn er verhaftet würde.“

Bei diesen Worten sah sie Rougon starr an. Der antwortete nicht sofort, sondern schien zum letzten Male das dicke, schwammige Gesicht zu befragen, aus dem die matten Augen unter spärlichen blonden Brauen hervorwinkelten. Eine Weile blieb sein Blick auf dem fetten, weißen Hals noch haften, dann machte er die Arme auf und rief:

„Ja, da kann ich nichts thun, glauben Sie mir: Ich bin nicht der Herr.“

Nun nannte er seine Gründe. Er mache sich ein Gewissen daraus, sagte er, in solche Dinge niemals einzugreifen. Wenn die Justiz sich einmal einer Sache bemächtigt hätte, müßten die Dinge ihren Lauf nehmen. Am liebsten wäre es ihm, wenn er Frau Correur gar nicht kannte, weil seine Freundschaft zu ihr ihm die Hände binden würde, wenn er sich nicht zum Grundgesetz gemacht hätte, seinen Freunden bestimmte Gefälligkeiten unter allen Umständen abzusagen. Er wolle schließlich Erkundigungen einziehen. Und nun suchte er sie schon zu trösten, als wenn ihr Bruder bereits nach einer Strafkolonie unterwegs wäre. Sie senkte den Kopf und leises Schloßchen erschütterte den riesigen Garmuschel, den sie auf dem Nacken trug. Doch beruhigte sie sich bald. Beim Abschied nehmen schob sie Hermine vor und sagte:

„Fräulein Hermine Billecoq . . . Ach, ich hatte sie

Ihnen wohl schon vorgestellt . . . Verzeihen Sie, mein Kopf schwirrt mir so . . . Es ist das Fräulein, dem wir die Mitgift verschaffen konnten. Ihr Verführer, der Offizier, hat sie noch nicht heirathen können, weil so unendlich viel Formalitäten erst erledigt werden müssen . . . Bedanken Sie sich bei Sr. Exzellenz, liebes Kind.“

Das lange Fräulein dankte erröthend. Sie machte ein Gesicht wie ein unschuldiges Mädchen, in dessen Gegenwart ein unziemliches Wort fällt. Frau Correur ließ sie zuerst hinausgehen, dann schüttelte sie Rougon kräftig die Hand, bog sich zu ihm hin und flüsterte:

„Eugen, ich zähle auf Sie!“

Als der Minister in den kleinen Salon zurückkam, fand er ihn leer. Es war Du Poizat gelungen, den Abgeordneten, den ersten Beigeordneten und die sechs Mitglieder der „Statistischen Gesellschaft“ zu verabschieden. Auch Herr Rahn war gegangen, nachdem er sich auf morgen zehn Uhr mit dem Präfekten verabredet hatte. Im Eßsaal saßen nur noch die Gattin des Gymnasialdirektors und Gilquin, apen Theegebäck und plauderten von Paris. Gilquin warf ihr zärtliche Blicke zu und redete von Nennen, von der Kunstausstellung, von einer Premiere in der Comedie francaise so gewandt wie ein Mann, der auf allen Gebieten zu Hause ist. Der Gymnasialdirektor machte während dessen dem Präfekten mit leiser Stimme Mittheilungen über den Ordinarius der Quarta, der im Verdachte stand, Republikaner zu sein. Es war elf geworden. Die Gäste erhoben sich und verabschiedeten sich von Sr. Exzellenz. Gilquin wollte sich mit dem Gymnasialdirektor und dessen Frau zurückziehen und bot der letzteren gerade den Arm, da hielt ihn Rougon zurück.

„Bitte, auf ein Wort, Herr Polizeinspektor.“

Als sie allein waren, wandte er sich zugleich an den Inspektor und an den Präfekten.

„Was ist das für eine Geschichte mit Martineau? . . . Hat sich der Mann wirklich sehr kompromittirt?“

Gilquin lächelte. Du Poizat gab einige Auskunft. „Mein Gott, den hatte ich nicht im Sinne. Er ist benutzirt worden; ich habe ein paar anonyme Briefe erhalten. . . Er beschäftigt sich mit Politik, das stimmt. Aber ich habe schon vier Verhaftungen im Departement vorgenommen. Fünf haben Sie mir vorgeschrieben, und ich wollte lieber, um die Zahl vollzumachen, einen Professor der Quarta einstecken lassen, der seinen Schülern aus revolutionären Büchern vorliest.“

„Ich habe sehr ernste Thatsachen erfahren“, sagte Rougon in strengem Tone. „Die Thränen seiner Schwester können den Martineau nicht retten, falls er wirklich so gefährlich ist. Es handelt sich hier um eine Frage des öffentlichen Wohls.“

„Was gedenken Sie zu thun?“ wandte er sich nun an Gilquin.

„Ich werde morgen zu seiner Verhaftung schreiten“, erwiderte dieser. „Ich kenne die ganze Geschichte. Ich habe Frau Correur im „Pariser Hofe“, wo ich gewöhnlich speise, gesprochen.“

Du Poizat erhob keine Einwendungen. Er zog ein kleines Notizbuch aus der Tasche, strich einen Namen darin aus und schrieb einen anderen darüber. Dabei empfahl er dem Polizeinspektor, den Ordinarius der Quarta auf jeden Fall überwachen zu lassen. Rougon begleitete Gilquin bis zur Thür.

„Dieser Martineau soll nicht ganz wohl sein“, sagte er dabei. „Begeben Sie sich also persönlich nach Coulognes und gehen Sie so milde als möglich vor.“

Gilquin richtete sich mit beleidigter Miene empor. Er ließ jeden Respekt bei Seite und sagte Sr. Exzellenz:

Fortsetzung folgt

terrible der extremsten Katholik-Sozialisten, der eigens aus Breslau herbeigekallt ist. Die „Post“ glaubt nicht, daß die Professoren sich durch die Erfahrungen am Mittwoch Abend belehren lassen werden; dazu sei ihre Stille viel zu groß. Aber der Vorgang beweist mit der erwünschten Deutlichkeit, wie wenig die Sozialphantasten auf den Lehrstühlen der Hochschulen von dem Wesen der Sozialdemokratie verstehen, wie wenig sie in Wirklichkeit von den Dingen wissen. Aber welche sie so selbstverleugend zu theoretisieren lieben.“ Das Wortgebot dieser Professorengruppe hätte nach der „Post“ der Sache der Flottenverfälschung selbst geschadet. Die „Post“ spricht zum Schluß von Anzeigen, daß mit der Flagg der Flottenbegeisterung sozialphantastische Kontrebeude gedeckt werden soll. Mit Rücksicht darauf sei es erwünscht, daß die Verantwortlichkeit der professoralen Hülfsgruppe so deutlich an den Tag getreten sei.

Offenbar hat der Schleifstein große Angst, daß das flottenfreundliche Gebahren der Marineprofessoren diesen Oberwasser auch in sozialpolitischen Dingen verschaffen könnte.

Im Gegenzug zur „Post“ erblickt die „Nordb. Allgem. Zeitung“ in dem Vorgabe der Professoren einen Erfolg. Das Blatt versichert an der Spitze der Nummer in offiziösem Spreibred, allgemein sei der Eindruck der Ausführungen der Professoren auf die Sozialdemokraten ein sehr harter gewesen.

Unter diesen Umständen ist die Angst der Schamacher erklärlich. Verechtigung wird sie freilich nicht bekommen.

Zur Flottenagitation.

Auch den Frauen und Jungfrauen soll die Werte zum Flottenverein geöffnet werden. So macht die Geschäftsstelle vorgenannten Vereins für die Stadt Rheinhof bekannt, daß namentlich auch weibliche Mitglieber dem Deutschen Flottenverein angehören können, und bittet die Geschäftsstelle um recht zahlreiche Anmeldungen.

Nicht nur auf einem „Meer von Schulden“, sondern auch auf einem „Meer von Flugblättern“ soll die neue Flottenflotte schwimmen. Denn wie der „Vorwärts“ mitteilt, soll am 15. d. Mts. ganz Deutschland von einem Ocean von Flottenbrochüren und Flugblättern unter Wasser gesetzt werden.

Kein Geld für Kulturzwecke!

In welcher Weise die Kulturaufgaben unter dem Uebergewicht der Rüstungsbedürfnisse leiden, das hat sich, so schreibt die katholische „Märkische Volkszeitung“, in der Montagssitzung der Kommission gezeigt, welche die Revision zum Unfallversicherungsgesetz zur Vorberatung überwiesen sind. Bei dem Paragraphen, welcher von der Berechnung der Unfallrente handelt, waren Erhöhungen beantragt. Der Staatssekretär Graf von Posadowsky erklärte sich gegen die Forderungen wegen der zu großen Belastung. Und einen solchen Einspruch erhebt die Regierung in dem Augenblick, in dem sie Tausende von Millionen für neue Kriegsschiffe fordert, von deren „Nothwendigkeit“ allenfalls die Flottenschwärmer überzeugt sind. Werden einige Millionen Mark mehr zur Unterstützung in ihrem Berufe verunglückter und erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter gefordert, so kann das nicht geschehen, weil wir kein Geld dafür haben; für militärische Zwecke und Liebbereien zu Wasser wie zu Lande aber versteht es sich von selbst, daß immer Geld in Fülle und Fülle da ist. Und ist es nicht da, dann muß es gepumpt werden! Gibt es einen anderen europäischen Großstaat, in dem eine Volksvertretung sich etwas Dringendes bieten ließe?

Der Jörn des Zentrumblattes ist sehr berechtigt. Wer trägt schuld an diesem Unwesen — Niemand anders als das Zentrum, das es 1898 in seiner Hand hatte, dem Rüstungswahnsinn eine Zwangsjacke anzulegen, und bei dem jetzt auch der Ausschlag steht.

„Die Liebe des freien Mannes“ ist bei Gelegenheit der letzten Kaiser-Geburtstagsfeier bekanntlich in den preussischen Schulen lehrgeplant worden und zwar erfolgte die Beschlagnahme der betreffenden Strophen in der „National-Anzeiger“ dem Aufsatze nach auf eine allgemeine Anweisung hin. Die gefährliche Strophe lautet:

„Nicht Reich, nicht Feigheit
Sichern die heile Foh,
Wo Helden stehen;
Liebe des Vaterlands,
Liebe des freien Mannes
Gehören dem Herrschenden,
Nicht dem Volk.“

Diese „Reinigung“ des patriotischen Liebes wurde zunächst beseitigt oder auf einen Zusatz geschoben, obwohl sie ganz der herrschenden Anschauung entspricht. Denn heute, wo „Reich und Feigheit“ hoch über dem gemeinen Volke stehen, wird man der Liebe des — allerdings nicht vorhandenen — freien Mannes nicht allzu viel Werth beilegen. Jetzt kann man diese Reinsprüche aber nicht mehr leugnen und macht nun ein fälschliches Gesicht zu der unlieblichen Enthüllung. Und an Spott und Hohn, an zeugemäßen Vorschlägen zur Ergänzung des patriotischen Liebes fehlt es in den Blättern verschiedener Richtungen nicht. Sehr unangenehme Gesichte das!

Die Zivilliste des Königs. Die Nachricht, daß ein Zusatz zur Zivilliste des Königs aus Reichsmitteln gefordert werden soll, bezeichnet die „Nationalliberale Korrespondenz“ auf Grund von Erhebungen an zugehöriger Stelle als der Begründung entbehrend.

Die Industrialisierung Ostpreussens broht. Von höheren Verwaltungsbereichen in Danzig Königsberg und einigen größeren Städten des Provinzialgebietes wird im Interesse der Bevölkerung versucht, industrielle Unternehmungen zu gründen. Von Ostpreussen nach dem Osten zu verpflanzen. Die „Kriegszeit“ und die übrigen Zunftorgane sind während über diese Pläne, denn wenn erst die Industrie ihren Fuß im Osten gefestigt hat, dann sind die Tage der Zunftselbstherrlichkeit gezählt.

Eine ganze Reihe Zwangsmaßnahmen hat auch in der letzten Zeit wieder ihre Auflösung beschlossen. So die Zwangsmaßnahme der Barbier- und Friseur in Dortmund und Weissen, der Tischler in Schwelm, der Schlosser in Düsseldorf, der Maler und Anstreicher in Krefeld, des Holzgewerks in Oberhausen.

Volkszählung. Wie alle fünf Jahre zu Anfang und in der Mitte des Jahrzehntes, findet auch am 1. Dezember d. J. im ganzen Deutschen Reich eine Volkszählung statt. Bestimmungen für diese sind, dem Vernehmen nach, dem Bundesrath zugegangen.

Der Krieg in Südafrika.

Über den Kampf Bullers mit den Buren zwecks Entsetzung Ladysmiths liegen ganz widersprechende Nachrichten vor, die ein klares Bild der Sachlage nicht bieten. Man muß zuverlässigere Meldungen abwarten müssen.

Die Lage in Ladysmith erfordert übrigens dringend die allergrößten Anstrengungen Bullers. Das geht aus dem Eingeständnis des englischen Kriegssamts hervor, daß noch etwa 8000 Soldaten in Ladysmith anwesend sind. Von diesen sind 3000 wegen Krankheit und Schwäche für den Kriegsdienst untauglich. Die Garnison lebt nur noch von Konserven, wodurch die Zahl der Kranken täglich größer wird.

Im Norden der Kapkolonie begann am Mittwoch früh bei Starstrom ein Gefecht. Nach dem „Berliner Tagebl.“ verließ Marschall Roberts Kapstadt bereits am Sonntag Abend 11 Uhr nach der Kap, um von dort via Coleskop zu Frenchs und Reijkenburgs Truppen zu stoßen. Der Plan ist, gleichzeitig mit Bullers Vormarsch von drei Seiten in den Dranie-Freistaat einzubringen, nämlich: Macdonald vom Modder-River, wo nur wenige Truppen zurückblieben. French via Coleskop und Gatacre via Molteno. Da Buller den Tugela überschritten hat, müssen auch diese Vormarsche begangen haben.

Partei-Angelegenheiten.

Das Volk von Berlin hat gesprochen. Zu tausenden scharten sich unsere wackeren Genossen, die so oft schon in imposanten Demonstrationen den Willen der arbeitenden Klassen allen Scheitern offenbart haben, in den 19 größten Lokalen der Hauptstadt und ihrer Vorstädte, wo es diesmal galt, nicht nur die schlagenden Argumente unserer bewährten Führer im Kampf gegen Land- und Wassermilitarismus zu hören, sondern auch ein Urtheil abzugeben bei dem Streit der Meinungen, der gegen alle Gewohnheit durch ein organisiertes nationalsozialistisches und katholischsozialistisches Heer, das sogar seine Hülfskräfte aus der Provinz herbeigezogen hatte, in die sozialdemokratischen Versammlungen getragen wurde. Ruhig hörten die Berliner Arbeiter Freund und Gegner an, ruhig und ernst gaben sie ihr Urtheil ab: Einstimmig gegen die Vorlage. Wegen der Vorgänge im Reichstage liegen heute nur sehr spärliche Nachrichten über die verschiedenen Versammlungen vor. Das Wichtigste theilen wir daraus unsern Lesern mit.

1. Wahlkreis: Das Lokal war überfüllt, die Tische mußten entfernt werden. Als Referent fungierte Gradnauer. Ein Gegner, Herr Knobach, trat auf, dem Rufer antwortete. Urtümliche Resolution wurde gegen einzelne Stimmen angenommen.

2. Wahlkreis: Diverse Festfälle waren überfüllt. Fischer sprach, gegen ihn Dr. Rohrbach und Löwenstein. Die Resolution wurde gegen vier Stimmen angenommen. Bei Gohmann in sehr gut besuchter Versammlung sprach Rosenow, für die Flotte v. Gerlach, national-sozial. Resolution gegen zwei Stimmen angenommen.

3. Wahlkreis: In den wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrten Armaturen sprach keine. Gegen ihn skandalisierten alldeutsche Studenten, sprachen Dr. Weitzland und Dr. Becker. Unter dem Gebrüll des Flottensieges zogen erstere, nachdem sie ihre Blamagen weg hatten, ab. Resolution gegen fünf Stimmen angenommen.

4. Wahlkreis: In der polizeilich abgesperrten Drachenburg sprach Rehner; als Flottenanwalt Herr Strohstein mit dem Erfolg, daß zwei Stimmen gegen die Resolution waren. In Sankt-Andreas referierte vor 1500 Personen Singer. Herr Professor Delbrück sprach sachlich und stimmte allein gegen die Flottenresolution.

In Kellers Saal nahen sich Bebel und Prof. Ab. Wagner vor 4000 Personen, die einstimmig für die Resolution stimmten.

5. Wahlkreis: In der Brauerei Friedrichshain vor 3000 Personen referierte Rob. Schmidt. Zu seiner Empfehlung waren Herr Prof. v. Halle und Prof. Sommar aus Breslau herbeigezogen. Es stimmten dann etwa 10 Stimmen gegen die Resolution.

6. Wahlkreis: In Moabit vor einer 2000 köpfigen Versammlung sprach Herzfeld, gegen ihn Professor Ottmann und Prof. Richard Schmidt aus Bonn. Sie fügten noch eine Seele und gegen 3 Stimmen land die Resolution Annahme.

Vor 1000 Stimmen referierte Liebknecht, gegen ihn sprach der nationalsozialistische Maxenbrücker. Die Flottengegnerbalanz hat er nicht gebrochen, denn er stimmte allein gegen die Resolution.

Reichhaus referierte vor 600 Personen, bei ihm holte sich der Stern der Flottenflagge, Herr von Reuten seine Abfuhr. Der zweite Delbrück, Prof. May, hatte ihm zwar wacker geholfen, doch behielten sie nur ihre 6 Stimmen.

Bei Ballinmeier sprach unter Sekretär Pannisch gegen Dr. Reiche der aufstrebende Hebe nachdrücklich überzeugt worden ist, denn die 2000 köpfige Versammlung nahm nach dem Bericht die Resolution einstimmig an.

Genosse Bura für vor 1000 Anwesenden wader gegen Dr. Denke und Oberst Dr. Lange. Daß er seine Sache wie gewohnt gut machte, beweist die fast einstimmige Annahme der Resolution.

Schöneberg. Herr Karl Siebnecht verdiente sich seine Ehre gegen den hiesigen bekannten Parteibuchhalter Herr Lorenz, den nationalsozialistischen Herr Weinhausen und Herrn Dr. Schumacher. Die Resolution fand fast einstimmige Annahme.

Wilmersberg-Friedrichshagen. Zu Calmer in dem Schwarmen Zelt hatte sich ein Gegner gefunden. Es war auch nicht abzuheben, wie Herr Lehmann die Anwesenden der Resolution einig an; es waren hier 450-500.

Reichshaus. Im Reichshaus hatten 1000 Genossen Suner zu und überboten ihm hiesigen Beifall, der sich trotz des langen Widerstands des Reichshaus Führers in der einstimmigen Annahme der Resolution ausdrückte.

Adlershof. Obenals hat bekannt war die hiesige Versammlung, in der Paul Jobn referierte und sein Gegner auftrat. Resolution einstimmig angenommen.

Welfen. Auch gegen Schippel schickte man Kampfen für Flottenpolitik. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Das ist in kurzen Worten der Ausgang des wohlverdienten Sturms auf unsere Reichshauptstadt. Die freilebende „Zeitung“ nennt es ein Flak der Flottenschwärmer. Zum Glück wollen wir noch die angenommene Resolution abdrucken, ihrer ersten, gemessenen Fassung die geistige Ueberlegenheit dringenden Opposition gegen die verschwommene Abwehrpolitik beibringt:

Die Versammlung erhebt gegen den neuen Flottenplan das Entschiedenste Protest.

Der Flottenplan ist weder in der politischen noch in der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands begründet.

Er entbehrt demgemäß des Erfolgs, aus Deutschland, ersten Militärstaat, auch noch eine der ersten Marinemächte zu machen.

Wie der gegenwärtig vorliegende größere Flottenplan Konsequenz des Launs vor zwei Jahren vom Reichstag bewilligten Flottenplans ist, so müssen, da nunmehr alle Staaten ebenfalls ihre Flotten vermehren, aus der Bewilligung neuer Flottenplans später weitere Bewilligungen folgen, Ende sich nicht absehen läßt.

Dem Weltfrieden um die größte stehende Armee schließt das Weltfrieden um die stärkste Flotte an und stürzt die Volk. Neuem in endlos wachsende Ausgaben.

Die Arbeiterklasse hat kein Interesse, Rüstungen zu tragen, welche die Gefahren zu Rüstungen zwischen Kultur vermehren und den großen und bringenden Kulturaufgaben Gegenwart und Zukunft die Mittel entziehen.

Insbesondere ist es wieder die Arbeiterklasse, auf Schultern die Last der neuen ins Riesengigant sich steigenden Ausgaben hauptsächlich abgewälzt wird, wohingegen die herrschenden Klassen durch die ungeheuren Profite aus diesen Maßnahmen Reichthum ins Ungemessene steigern und neue einträgliche Posten und Verpflegungstellen für ihre Angehörigen gewinnen.

Die Versammlung fordert deshalb vom Reichstag die unbefristete Zurückweisung der Flottenvorlage.

Die Arbeiterklasse Leipzigs protestierte am gleichen wie die Berliner gegen den Flottenrummel. Auch hier hatten studentische Protestler und katholischsozialistische Flottenphantasien eingefunden. Vor 2000 Personen sprach Genosse Geier, dem Gregory und Dr. Gäh entgegenzutreten. Schönland und Geier teten ihnen heim. Vord hatte ebenfalls eine Versammlung 2000 Besuchern und als Gegner Dr. Berger und Sch. Nationalsozialen. Mit Stimmen retteten sie sich. Bei T hatten sich die Nationalsozialen Dr. Dinkler und Kreuziger funden und polemisierten vor der von 800 Personen besuchter Versammlung gegen Ziele mit demselben Blick wie die obigen. Versammlungen nahmen natürlich eine Protestresolution an.

Die Dresdener Genossen hatten schon am Dienstag ihre Abrechnung mit der Weltallpolitik gehalten. Die größten Lokale der Stadt, der „Krieger“ und die „goldne waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Reichstag und der Tag aus anderer Fraktion, die Genossen Liebknecht und Rosenow, res unter lautem Beifall.

In Dessau sprach am Mittwoch vor zahlreicher Versammlung Genosse Peutz, in Halle fanden die Protestversammlungen Donnerstag und Freitag statt.

Peter Lawroff ist am Dienstag in Paris infolge Schlaganfalls, den er vor kurzer Zeit erlitten, gestorben. Er war am 14. Juni 1823 als Sohn einer höheren russischen Familie geboren worden, gehörte zu den bedeutendsten Vertretern des internationalen Sozialismus. Er genoss eine militärische Erziehung und wurde Lehrer für höhere Mathematik an staatlichen Militärschulen und später Dozent an der Petersburger Kriegsakademie. Seine Studien führten ihn auf das Gebiet der Kulturgeschichte und da er schließlich mit hervorragenden Vertretern des revolutionären Sozialismus in Russland in Kontakt kam, bekannte er sich bald gleichfalls zum Sozialismus. Seine literarische Tätigkeit wurde er administrativ verhindert, mußte drei Jahre in Sibirien schmachten, worauf es ihm gelung, von Freunden gelang, zu entfliehen. Während der Revolution lebte er in Paris, leitete dann in der Schweiz russische demokratische Zeitungen. Jetzt lebte er seit Jahren wieder in Paris. Er hat auch einige größere wissenschaftliche Werke veröffentlicht.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 9. Februar

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Von der sehr reichhaltigen Tagesordnung der gestrigen Sitzung blieb ein erheblicher Rest unerledigt. Einige Herren Stadträte zeigten nämlich bei gewissen, nicht in sehr wichtigen Dingen eine besonders lebhafteste Rebellität. Folcher Verführung zum Nebenhaltigen kann dann unser Oberbürgermeister nicht so leicht widerstehen. Die wichtigste Vorlagen betreffend den Bau neuer Volkshäuser an Kleischkaustraße, an den Teichgärten und an der Anderfessen wurden fast debattelos an den Ausschuss verwiesen. Das kann Vorwurf sein, denn gegen die Nothwendigkeit dieser Bauten ist nicht ein Wort zu sagen. Der geplante U der alten Börse zu städtischen Bureau fand dagegen heftigen Widerspruch des Stadtr. Mann. Dieser will alte Haus abreißen und an seine Stelle einen allen Ansprüchen genügenden Neubau errichten lassen. Die Kosten des Neubaus auf 300,000 Mark veranschlagt und werden diesen anschlag wahrscheinlich ganz erheblich übersteigen. Nicht viel mehr aber würde ein Neubau kosten, der es ermöglichen würde, statt Hülfsarbeit etwas Ganzes, Einheit hinzustellen. Die Herren vom Magistrat aber wählten wie Löwen gegen die Vorlage des Herrn Mann dieser fand denn auch nur eine geringe Widerheit für die Vorlage. Soziale es sich bei dieser Debatte um eine die Steuerzahler recht wichtige Angelegenheit, so war das einer andern recht lebhafter geführten Debatte nicht zu haupten. Herr Schottländer, der „generöse Schenker des paria“, führt mit der Stadt einen Prozeß um eine vermögungsmäßig kleine Summe, die diese vertragmäßig an Wohlthätigkeitsanstalten zahlen soll. Die Erörterung auf Sachverhalte Herr Stadtr. Ripke natürlich auf Steuerverhältnisse, die Verwerflichkeit des vor etwa zehn Jahren abgeschlossenen Vertrags betr. den Südpark. Er führte Redezahl in allen Gangarten der hohen Schule vor, fand beim Herrn Oberbürgermeister natürlich keinen Beifall, ob er sei er in seiner Kritik nicht immer daneben blieb. Stadtr. Feige beruhte in geschickter Weise die weit über die Beratung stehenden Punkte hinausgegangene Debatte

Beilage zu Nr. 34 der „Volkswacht“.

Freitag, den 9. Februar 1900.

Deutscher Reichstag.

143. Sitzung. Donnerstag, 8. Februar 1900, 1 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Flotten-
vorlage.

Staatssekretär des Reichsmarineamts Tirpitz: Die letzten Jahre haben eine deutliche Sprache für die Notwendigkeit einer starken Flottenvermehrung gesprochen. Eigentlich differieren die Ansichten der sogenannten Flottenfreunde und Flottengegner nur über den Umfang, Zeitpunkt, Tempo der vorzunehmenden Verstärkung. — Die Gründe für die Flottenvermehrung lassen sich kurz so zusammenfassen: Die fremden Mächte haben ihre Flotten erheblich vermehrt. Gleichzeitig steht zu befürchten, daß die Konkurrenz der fremden Mächte auf dem Weltmarkt stets bedrohlicher für uns werden wird. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer starken Flotte. Eine solche läßt sich aber nicht improvisieren.

Nun fragt sich, in welcher Richtung unsere Flotte entwickelt werden soll. Wie ich bei anderer Gelegenheit schon ausgeführt habe, können wir nicht wissen, mit welchem Gegner wir es einmal zu tun bekommen werden; wir müssen uns daher so einrichten, daß wir mit dem gefährlichsten Gegner aufnehmen können. Dazu können uns Kreuzer, wie sie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen werden, nichts helfen; dazu gehört eine starke Schlachtflotte. Eine solche ist der beste Schutz unseres Handels, ist die beste Friedensgarantie; durch nichts wird ein Krieg besser verhindert, als durch eine starke Schlachtflotte. Ich komme nun zu dem Gesetze selbst. Durch dasselbe wird eine zweite Schlachtflotte vollständig unabhängig neben die erste gestellt. Es wird zu prüfen sein, ob diese Verdoppelung ausreichen wird, um die Gefahren zu beseitigen, die durch das Weltgeschäft von 1898 nicht in genügender Weise beseitigt werden. Ich werde den Nachweis in der Budgetkommission führen. Für die Ausführung des ganzen Bau- und Beschaffungswesens aus der Veranschlagung des Jahres 1900 beträgt die Summe 10 Millionen. Es ist daran Anstoß genommen worden, daß wir nach altem Gebrauch die Kosten durch eine Anleihe decken wollten. Indessen wird über die Deckungsfähigkeit der Reichsschatzkasse das Nötigste auszuführen. Jedenfalls muß die Marine ein festes Ziel unerrückbar im Auge behalten, wie der einzelne Mensch ein festes Ziel haben muß, will er etwas Großes erreichen. Die Regierungen haben wegen der veränderten Zeitverhältnisse sich verpflichtet, schon 2 Jahre nach dem Flottengesetze diese Vorlage einzubringen, von deren Notwendigkeit Sie sich, wie ich hoffe, überzeugen werden. (Zustimmender Beifall links.)

Abg. Schäfer (Zentrum): Ich sehe nicht an, im Anschluß an den Anfang der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs auch im Eingang meiner Ausführungen zu bekennen, daß auch wir eine starke Flotte wollen. Bekennen wir aber nicht: unsere Stärke liegt auf dem Lande. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Herr Staatssekretär hat selber betont, daß wir nicht zugleich die Güten zu Lande und zu Wasser sein können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir sind ferner mit dem Herrn Staatssekretär der Meinung, daß eine Kriegsmarine sich nicht improvisieren läßt, eben deshalb wollen wir ruhig überlegen, auf welche Weise wir sie bauen. Wir haben den Vorbehalt für uns, auf dem Boden einer Vorlage zu stehen, von der vor zwei Jahren die Regierungen selbst anerkannt haben, daß sie genügend Schutz gewährt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn der Herr Staatssekretär die Notwendigkeit betont hat, die die Regierungen gezwungen habe, schon nach zwei Jahren mit dieser neuen Vorlage zu kommen, so müssen wir die Frage aufwerfen, ob alle verabschiedeten Regierungen dieser Meinung gewesen sind.

Selbst wenn nun aber die Verstärkung der Flotte erreicht ist, wie sie die Vorlage vorsieht, werden wir dann genügend geschützt sein? Natürlich werden auch unsere Konkurrenten ihre Kräfte nach Möglichkeit vermehren, so daß wir doch nicht gegen sie aufkommen. Der Herr Staatssekretär hat uns bezüglich der Mehrausgaben rühmend ausgedrückt. Die ist auch sehr richtig. Denn Geld haben wir keine, aber viel Schulden. Die Vorlage nimmt es mit der Deckungsfrage sehr leicht. 769 Millionen sollen Schulden gemacht werden, und wenn die verabschiedeten Regierungen ausbleiben, werden noch mehr Schulden gemacht. Herr Dr. Lieber hat im Dezember vorigen Jahres erklärt, daß er keine Gewissheit unersetzlich in Aussicht stellen könne, die Staatsschulden betrage 800 Millionen durch Anleihen zu decken. Die Deckungsfrage ist die Hauptfrage. (Sehr richtig! links.) Sind neue Steuern nötig, so müssen sie von den Interessierten getragen werden. Landbesitzer und Arbeiter dürfen wir nicht heranziehen. Die Noth der Landwirtschaft wird durch die gesteigerte Leutenoth nur noch erhöht werden. Jedenfalls kann die Deckungsfrage nach dem Standpunkt meiner Freunde nur dahin gelöst werden, daß die stärkeren Schultern mehr belastet werden unter Entlastung der Schwachen. (Bravo! im Zentrum und links.) Wir wissen, gewisse Agitatoren werden unseren Patriotismus wieder verächtlich machen. Das schreit uns nicht, ebenso wenig wie eine Reichsausschüttung. (Rufe rechts: na! na!) Machen Sie doch die Probe, und wir werden sehen, ob Sie dann noch na! na! rufen. Wir wirken zum Besten des gesamten Volkes, wir tun es für notwendig halt. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. von Rebeckow: Meine Freunde und ich sind natürlich keine Flottenchwärmer, aber wir sind doch geneigt, eine allmähliche Verstärkung der Flotte als notwendig anzuerkennen.

Ich gehöre einem armen Landvolk an; mit leichtem Herzen kann ich einer neuen Belastung nicht zustimmen. Wir müssen aber bei unserer Handelsentwicklung auch auf dem Meere mächtig sein. Durch den Wegfall der Bindung kommt es aber auch, daß wir jedes Jahr auf's neue die Lage prüfen können. Auf die Deckungsfrage will ich hier nicht eingehen. Wer diese Frage in den Vordergrund schiebt, beschwert damit die Vorlage. (Stürmisches Gelächter links.) Das dritte Moment ist der Schutz des Vaterlandes. Eine Flotte unserer Küste ist ohne starke Flotte nicht auszufallen. Mit der Regierung vorgeworfen, sie habe ihre Vereinbarung gebrochen. Das ist nicht der Fall. (Lachen links.) Sie fragt uns ja nur, ob wir uns mit ihr anderweitig verständigen wollen. (Stürmisches Lachen links und im Zentrum.) Meine Freunde wollen die Weltmachtstellung nicht gefährden. Dieser Gedanke läßt sie der Flottenvorlage sympathisch gegenüberstehen. Mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Sie darf nicht in einer Hurratschimmung angenommen werden, sondern muß noch eingehend geprüft werden. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Frohne (Soz.): In der Flottenfrage hat die Regierung unbedingte Autorität beansprucht und doch hat nie ein so über-raschender Wechsel der Ansichten und Grundhänge stattgefunden, wie gerade hier. Mit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers kam eine ganz neue Flottenära mit ganz neuen Grundhänge; seitdem haben wir es mit dem Ausfluß ganz persönlicher Ansichten zu tun.

In der Denkschrift zur Flottenvorlage des Jahres 1889 hieß es: „Ist erst einmal dieser Kern der Schlachtschiffe geschaffen, so kann im langsamen Tempo weiter gebaut werden.“ 1896 hörte man aus autoritären Munde zum ersten Male die Behauptung, das Deutsche Reich sei ein Weltreich geworden. In engster Verbindung mit dieser Erklärung kamen neue Flottenforderungen im Etat 1896/97. Damals gelang die Herabsetzung des Extrabudgets auf 58 Millionen; in Folge dessen nahm Herr Holmann seinen Abschied. Herr Tirpitz wurde sein Nachfolger, und mit ihm erschien eine neue Marinevorlage. Wie hat man sich vor 2 Jahren über Vebel entrüstet, als er sagte, er sehe schon eine neue Marinevorlage mit erheblichen Mehrforderungen bevorstehen. Er hat Recht behalten. Die neue Marinevorlage sieht sogar noch schlimmer aus, als wir uns damals dachten. Sie ist der persönlichen Initiative des Kaisers entsprungen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade mit Rücksicht auf diesen Umstand hat man sich so beeilt, die Vorlage hier einzubringen. Meiner Ansicht nach hat der ganze jetzt vorliegende Plan schon 1897 bestanden. Ganz plötzlich entstehen derartige Pläne nicht. Das muß einmal ausgesprochen werden! In der letzten Zeit haben wir eine Propaganda erlebt, die mit allen den Autoritäten und Geboten stehenden Mitteln arbeitete. In dieser Propaganda machen sich byzantinische Neigungen sehr bemerklich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man hat es da mit Clementen zu tun, die Werth darauf legen, sich nach oben hin lieb Kind zu machen. Was „Majestäts münden“, dem müssen sie zustimmen. Der Byzantinismus zur Verherrlichung der Willkür greift in erschreckender Weise zu. In „Kleinen Journal“ wird gesagt: „Im Weltreichtum verleiht der Kaiser den Bundeskanzler vor dem Großdeutschen, auf dem Meere glebt es nur eine Parole, ein Reich und ein Kaiser.“ Nur der Kaiser und die Flotte gelten etwas und das soll unsere Weltmacht sein. Der Abg. Schäfer hat auf eine Äußerung des Herrn Staatssekretärs vom 6. Dezember 1897 hingewiesen, die darauf geht, daß eine Flotte in der Stärke, die vor zwei Jahren beschlossen wurde, ein starkes Moment zur Sicherung des Friedens bilden würde. Heute hat sich der Staatssekretär von der Überzeugung lassen lassen, daß Deutschland früher oder später in einen Krieg zur See verwickelt werden könnte. Er hat diese Perspektive dadurch gemildert, daß er sagte, gerade in der starken Schlachtflotte seien Garantien für den Frieden gegeben. Ich glaube, daß jede Verstärkung der Flotte besonders unter dem Gesichtspunkte einer unter allen Umständen vorwärtszuwandelnden Weltmacht sich vereinfachen für den Frieden in sich selbst. (Sehr wahr! b. b. Soz.) Eigenthümlich ist, wie man in maßgebenden Kreisen zu der Annahme kommen konnte, daß es geht, im Kriegsfalle unserer Handelsflotte Schutz zu gewähren. Nach den eigenen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs wird, wo es sich um die Coexistenz mit entscheidender Seeschlacht handelt, von einem Schutz unserer Handelsflotte durch unsere Kriegsschiffe kaum die Rede sein können. (Sehr gut b. b. Soz.) Statt von dem Schutz der Deutschen in überseeischen Ländern zu sprechen, sollte man erst einmal für den Schutz der Deutschen in der Heimat sorgen. Man förhere die Ehre des deutschen Namens dadurch, daß man dem Volk sein Recht und seine Freiheit gibt. Man mache dem Volk sein Vaterland durch Gerechtigkeit lieb, statt es ihm zu verheizen. Damit wäre der erste Schritt zu einer Weltmacht, d. h. einer Politik, die den übrigen Staaten ein gutes Beispiel gibt, gethan.

Unter deutscher Hand ist ohne die Unterstützung einer Kriegsflotte zu dem geworden, was er ist. (Sehr richtig! links.) Mit der Gründung des Reichs haben wir im Ausland 800 Konjunkturbehörden errichtet und das internationale Recht ist wesentlich aus-
gestaltet. Auf man da wirklich bei jeder Gelegenheit auf die Coexistenz eines Reiches hinweisen?

Ueber die Deckungsfrage sehen die Flottenpatronen mit einer Beifriedfertigkeit sondergleichen hinweg. Herr Dr. Schäfer hat Recht.

Wer dieser Vorlage zustimmt, muß die Konsequenz neuer Steuern in Kauf nehmen. Es werden natürlich indirekte Steuern sein, die die Masse des arbeitenden Volkes belasten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir hatten ja schon bei der letzten Vorlage die Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer empfohlen. Ja, dafür ist die Majorität des Hauses nicht zu haben gewesen. Opfer bringen wollen die herrschenden Klassen nicht. — Man sagt, auch die Arbeiter würden Vorteile von der Vermehrung der Flotte haben. Das ist bloße Thorheit. Durch eine Kriegsflotte werden die Arbeiterklasse niemals herbeiführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Weltmacht, die sich überall einbringt, bringt die größten Gefahren für den Frieden mit sich. Auch wir sind für eine Weltmacht, aber nicht für eine Weltmachtspolitik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Dinge jetzt liegen, kommt die ganze Weltmacht nur einigen Großhändlern zu Gute. Man sollte dem Volke Gelegenheit geben, seine materielle und sittliche Kraft zu zeigen. Aus der Summe dieser Kraft heraus wird sich ganz von selbst ergeben, was uns Deutschen im Auslande den Vorzug einer autoritären Stellung einzuräumen vermag. Durch eine Kriegsflotte erreichen wir das nicht. — Selbstverständlich werden meine politischen Freunde die Vorlage ohne Weiteres ganz entschieden ablehnen, mit Rücksicht auf die großen Interessen des Volkes, die wahrhaft nationalen Interessen. Eine Auflösung fürchten wir natürlich am allerwenigsten, da gerade wir unausgesetzt den Beweis geliefert haben, daß es uns auf die Sicherung der wahrhaft kulturellen Güter der Nation und der ganzen Menschheit ankommt. In diesem Streben werden wir fort-fahren und dieses Streben schließt in sich, daß wir uns ganz ent-schieden gegen die Vorlage wenden. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (natlib.): Auch meine politischen Freunde wollen, wie das Zentrum, bei der Frage der Flottenvermehrung Rücksicht nehmen auf die Leistungsfähigkeit des Volkes und wollen, daß bei Aufbringung der Kosten die schwachen Schultern geschont werden. Ich habe aber bei den beiden Herren Vorrednern die Anerkennung der großen Vorteile bemerkt, die diese Vorlage für unseren Handel, unsere Exportindustrie und damit für unsere deutschen Arbeiter bedeutet. Der Abgeordnete Frohne verkennt das große intensive Interesse in der Bevölkerung auch in den Kreisen der Arbeiterklasse an der Flottenvermehrung. (Lebhafter Widerspruch links.) — Man hat gefragt, wie es möglich war, daß der alte Plan so einfach über den Haufen geworfen wurde. Nun, daß die Vorlage sich verändert hat, wird selbst der stärkste Flottengegner zugestehen müssen; und wenn die Regierung erklärt, sie könne mit dem alten Plan nicht auskommen, müssen wir ihr für ihre Wachsamkeit danken und nachprüfen, ob die Verstärkung nötig ist. — Die Denkschrift weist darauf hin, daß die Lasten bei dem steigenden Wohlstand nicht zu groß sind. Wir unterzeichnen das. Flottenvermehrung und Zunahme der Bevölkerung stehen im Zusammenhang. Je mehr Menschen, um so größer unser industrieller Wohlstand im Ausland, um so größer der überseeische Handel, um so notwendiger auch der Schutz durch eine große Flotte. Die ge-heiligten deutschen Interessen werden sogar von der englischen Presse anerkannt. Unsere Flottenvermehrung geht nicht über das hinaus, was die Seiner Interessen erfordert. Viel Vertrauen zu der friedlichen Entwicklung habe ich seit der Interpellation über das Vorgehen Englands nicht mehr. Bei Seefleigen fremder Staaten können wir auf die Dauer nicht unserer Handels-flotte Schutz versprechen, wenn wir nicht selber eine Macht in die Waagschale werfen können. Was die Vorlage selbst anlangt, so be-greifen wir es, daß sie keine Bindung enthält. Schon die Ent-wicklung der Technik macht das notwendig. Für die Deckungs-frage hat die Regierung keine bestimmten Vorschläge gemacht, sie hat nur die Aufnahme von Anleihen in Aussicht genommen. Man hat eingewendet, daß Anleihen nicht für unproduktive Ausgaben aufgenommen werden dürfen. Ich halte Ausgaben für Meer und Marine nicht für unproduktiv und habe für meine Ansicht einen guten Zeugen aus der sozialdemokratischen Partei.

Kollege Schippel sagt in den „Sozialistischen Monatsblättern“ mit Recht, er könne nicht in das kleinliche Freigehorsamkeits- über den wirtschaftlichen Ruin durch unproduktive Ausgaben für das Meer einstimmen. (Hört! hört! bei den Natlib.) Das ist auch unsere Meinung. Schließlich stehen eben diese Aufwendungen für Meer und Flotte in die Taschen der Steuerzahler zurück. Eine Steigerung der Einnahmen ist jedenfalls zu erwarten. Dann aber können wir hoffen, mit Ausgaben für das Meer in der nächsten Zeit vorwärts zu bleiben. Es wird in der Kommission zu erwägen sein, ob sich nicht eine größere Quote aus laufenden Mitteln decken läßt. Man hat sich von einer Reichsreformsteuer und einer Vermögenssteuer viel versprochen. Wir sind prinzipiell bereit, diesen Weg zu beschreiten. — Ich gebe die Hoffnung nicht auf, mit dem Zentrum auch in der Flotten-frage auf einen gemeinsamen Boden zu kommen. Durch einen Konflikt würden nur die Gelfe derjenigen Elemente in der Regierung wachsen, die immer nach dem starken Mann rufen. Die Herren von der süddeutschen und freisinnigen Volkspartei werden ja gegen die Vorlage stimmen. Nach den letzten Berliner Verhandlungen dürfte aber auch Herr Richter seiner Anhänger nicht mehr sicher sein. — Der Herausgeber der „Sozialen Praxis“ hat darauf hingewiesen, daß in der Maschinenbauindustrie, den Geschü-

Aus aller Welt.

Drei Geldbriefbeutels sind am 4. d. Mts. aus dem Bahn-wagen des von München nach Frankfurt fahrenden Schnellzugs vermisst worden. Der Vorfall ereignete sich zwischen Ulm und Dinkelsbühl. Die Briefbeutels flogen aus dem Wagen, als die Lokomotive aufsprang. Wie bekannt, betrug der Werth der Geldbriefe und Geldpäckchen eines einzigen Beutels 32.000 Mark. Die beiden übrigen enthielten etwa 20.000. Ein Geldbrief, der mit 900 Mk. Werth bekräftigt war, barg 12.000 Mk. in Sächgen allein 4000 Mk. in Gold. Vermuth wurden die Beutel von den Postbeamten schon in Dinkelsbühl. Statt nun gleich das Nothsignal zu ziehen, warteten die dienstigen Postbeamten, bis der Zug in Dinkelsbühl fahrlas-sig hielt. Inzwischen hatten schon mehrere Bälle die Strecke durch und zwei der Briefbeutels, die auf die Schienen gefallen waren, überfahren. Es waren deshalb von den 21 Geldbriefen, die sich in den Beuteln befanden, ziemlich viele schwer beschädigt sowie Obligationen und Coupons zertrümmert. Nach Eintreffen der Depesche wurden vom Oberpostamt München sogleich zwei Beamte nach Dinkelsbühl abgeordnet. Dienen wurden früh gegen acht Uhr zwei der Briefbeutels übergeben, die ein Stationsbedienter und ein Bahn-beamter aufgefunden hatten. Der dritte und wertvollste wurde erst Mittags von einem Arbeiter gefunden.

Durch eine explodierende Granate wurde in der loth-ringischen Garnisonstadt Mülhausen ein Artillerist getödtet, ein anderer schwer verletzt. Die Soldaten hatten trotz des Bedrohens des Gefechts zu entlassen versucht.

Unter dem Verdachte der Vergewaltigung eines jungen Mädchens in einem Eisenbahnzuge wurden auf dem Bahnhof in Kiel vier aus der Richtung Lübeck ankommende Personen, ein Zorpedobombardier und ein Matrose, die vom Urlaub zurückkamen, sowie zwei Jüdischen verhaftet. Das Mädchen war in Folge des Überfalls von ihrer Mutter getrennt worden und in ein anderes Haus gekommen. In Kiel wurde es mit den verzeihlichen Worten: „Ich konnte mich nicht wehren!“ aus dem Zuge. Als die vier Verdächtigten in Kiel ankamen wurden sie von vier Schu-ken und einer Patrouille festgenommen.

Als ein Nachspiel zum Harmonien-Prozess glaubt eine Berliner Correspondenz ein Duell bezeichnen zu können, das gestern Abend der Seidenhändler stattgefunden. Die Gegner waren ein Lehmann von R. und der Rittersgutsbesitzer Erich H. v. R. Lehmann v. R. wurde schwer verwundet. Die Veranlassung zu dem Duell soll in einer Bemerkung liegen, die der Rittersgutsbesitzer

von H. über angeblich intime Beziehungen von R. zu dem viel-
genannten Spieler Wolff gemacht hatte.

Schießerei auf einem Maskenball. Dienstag Abend ver-anstaltete in München ein Schützenklub ein Maskenfest, bei dem der eine Teil der Mitglieder Engländer, der andere Buren vorstellten. Beim Eintritt der Engländer feuerten die scheinbaren Vorkämpfer der Buren mit vermeintlich ungeladenem Gewehr Schüsse auf die ein-dringenden Engländer ab. Unmittelbar nach dem letzten Schuß fielen sich zwei der Theilnehmer getroffen, während den Einen das Gewehr am Knie gestrichelt hatte, drang dem Zweiten die Kugel aus der Rückseite des Knie ein, durchbohrte den Unterarm und kam an der Vorderseite wieder zum Vorschein.

Die Tragödie der Stuttgarter Hofbühne, Eleonore Bahmann, hat sich in einem Anfall von Wetzessörung unterhalb Cannstatts in den Reder gestürzt. Sie wurde noch lebend herausgetragen und in eine Privatanstalt bei Göttingen gebracht.

Die in München verhaftete Operettensängerin Melanie Andree ist wiederum anders, als Frau v. Kriegshagen, die Gattin des Hauptplagiaten in dem Nothard Monstrosprozess.

Ein Dynamitschuss auf der Reche-Pardenberg bei Dortmund ging zu fah los. Zwei Vergeltete wurden dabei getödtet.

Ein grausamer Religionsmord, den eine fanatische pro-
testantische Sekte verübt hat, ereignet, wie aus Amsterdam gemeldet wird, gewaltigsten Aufsehen. Der Vorsteher einer in Geber-länder Kreise Ziel anfassigen Sekte ließ einen Bauernknecht unter dem Vorwand ergreifen, daß er vom Teufel besessen sei. Die Fanatiker ermordeten den Unglücklichen auf dem freien Gemeinde-platz, zerstückten die Leiche und tauchten die Hände unter Abhängen von Plänen in deren Blut. Als die Gendarmen erschienen, rück-ten die Fanatiker in das Gemeindehaus, wo sie sich verschanzten, so daß die Gendarmen dieselbe förmlich belagern mußte. Ueberall herrschte Verdrüßung über dieses feldmische Verbrechen.

Literatur.

Der Berliner Brief in Nr. 19 der „Neuen Zeit“ zerlegt die herabsetzende Form der Flottenvorlage und ihre nichtslagende Begründung. Er legt dar, wie die Annahme der Vorlage dem deutschen Reichstag für die nächsten zwanzig Jahre zur Vogel-scheuche machen muß. Leider ist in die Widerstandskraft der bürger-lichen Parteien bis in die freisinnige und die deutsche Volkspartei hinein kein Vertrauen zu setzen. Lagardelle giebt in einem zweiten Artikel über den französischen Einigungskongress

ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten, die die Umdeutung und die Arbeiten des Kongresses zu überwinden hatten. Er preist die Vorstöße, mit welcher der Kongress jede extreme Stellungnahme zu vermeiden gewußt hätte. Fast will es uns scheinen, als sei der Kongress darin zu weit gegangen und als lägen in dem Umstande, daß er die meisten Streitfragen nicht geist, sondern nur umgangen hat, große Gefahren für die Zukunft der kaum geeinten Partei. Kautsky spricht über „Militarismus und Sozialismus in England“. Er stellt fest, daß England sich der allgemeinen Wehrpflicht näherte. Er erwartet davon eine Verschärfung des englischen Klassenkampfes. Er betont, wie die Stellung zum Mi-litarismus heute die deutliche Grenze zwischen den Sozialisten und den Anhängern des Kapitalismus bildet. Während das Kapital, will es leben, sich ausdehnen muß, und zum Schutz dieser Aus-dehnung stehende Heere braucht, sind die Gegner des Kapitals An-hänger des Milizwesens, das zu Eroberungskriegen unbrauchbar, auf heimischem Boden aber unüberwindlich ist. Emanuel Baer beipflichtet die „Gewerkschaften im deutschen Reich“. Er kritisiert als die Hauptmängel der Gewerkschaften den mangelnden Verkehr der Beamten mit den Arbeiterorganisationen, das Fehlen weiblicher Beamten und die Bergabung der Gewerbe-aussicht mit der Kampfschulung. In allen Punkten sind die süddeutschen Staaten längst fortgeschritten, Preußen hat sich erst in allerletzter Zeit zu ähnlichen Zugeständnissen herbeigelassen. Die Seele der sozialpolitischen Reaktion in Preußen war der Handels-minister Herr v. Berlepsch, derselbe Herr, der, seit er nicht mehr im Amt ist, sein arbeiterfreundliches Herz entdeckt hat und in seiner „Sozialen Praxis“ darnach strebt, Vertrauensmann der deut-schen Arbeiter zu werden.

Wohl selten hat ein rechtswissenschaftliches Werk in kurzer Zeit so große Verbreitung gefunden, wie die kleine sachgemäße Bro-schüre über Die Rechte und Pflichten des Miethers nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch von Rich. L. P. v. P. Bis jetzt sind 50.000 Exemplare abgesetzt worden und liegt und die erste Auflage des Schriftchens vor. Sie zeichnet sich gegen ihre Vor-gänger dadurch besonders aus, daß sie noch einmal gründlich durch-gesehen, überarbeitet und mit der neuen Zivilprozessordnung in Einklang gebracht worden ist. Bei den häufigen Streitigkeiten, die sich aus dem Miethersverhältnis ergeben, ist das handliche Büchlein jedem zur Anschaffung zu empfehlen, zumal der Preis von 20 Pf. per Exemplar bei guter Ausstattung ein äußerst geringer ist. Das Büchlein kann von der Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5/6, bezogen werden.

Verantwortlicher Redaktionsrat: —————